

# Kampf um den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst

Protestkundgebung der Beschäftigten des Freistaats Bayern, 1.12.2005  
Königsplatz

*Rede von Hajo Hertle, Fachsekretär von ver.di Augsburg*

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Augsburger Länder-Dienststellen, von der Regierung von Schwaben, von der Uni, vom staatlichen Hochbau und Straßenbau, liebe Arbeiterinnen und Arbeiter, liebe Beamtinnen und Beamte!

Es freut mich, dass Ihr Euch beteiligt an unserer Protestkundgebung. Damit gebt Ihr ein weiteres notwendiges Signal gegen die beschäftigtenfeindliche Politik insbesondere der Länder.

Diese Kundgebung findet im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche statt, die den Druck verstärken will, um die Landes-Arbeitgeber zur Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen zur Übernahme des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst zu bewegen.

Mit uns finden diese Woche allein in Bayern in mindestens 40 Dienststellen Warnstreiks und Kundgebungen mit über 1 000 Teilnehmern statt, nachdem schon seit 1½ Jahren immer wieder mit ähnlichen Aktionen Druck auf die Bundesländer und insbesondere auf Bayern von unserer Seite ausgeübt wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Kundgebung, Warnstreiks und ganztägigen Arbeitsniederlegungen wenden uns vor allem gegen Arbeitszeitverlängerung, die Kürzung bzw. Streichung von Weihnachts- u. Urlaubsgeld und gegen die Nullrunden 2005, 2006, 2007 bei den Ländern. **Und** wir setzen uns vor allem auch dafür ein, dass der seit 1. Okt. beim Bund und den Kommunen geltende zukunftsweisende Tarifvertrag Öffentlicher Dienst auch von den Ländern übernommen wird.

In den letzten regulären Tarifrunden des Öffentlichen Dienstes 2003 wurde die Neugestaltung des Tarifrechts im Öffentlichen Dienst beschlossen, der seit Jahren erhebliche Reformbedarf war offenkundig und der Tarifvertrag war mit 17000 Eingruppierungsmerkmalen kaum noch überschaubar. Mittlerweile haben wir einen modernen, transparenten, diskriminierungsfreien Tarifvertrag geschaffen, dessen Übernahme aber, so Niedersachsens Finanzminister Möllring, den Ländern absolut zu teuer sei. Die Länder wollen Ihre Sparpolitik offensichtlich insbesondere bei Ihren Beschäftigten durchführen, mit einer mehrjährigen **Nullrunde** und mit einer Lohnsenkungspolitik in Form von Arbeitszeitverlängerung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **das ist wirklich schäbig!**

Die Länder, die früher immer auf einen neuen, den BAT ablösenden TV drängten, haben sich rauskatapultiert aus diesem Zukunftsprojekt, da sie den Tarifvertrag Zuwendung und Urlaubsgeld Mitte 2003 und den Tarifvertrag Arbeitszeit zum 30.4. gekündigt haben. Für die Beamten hat die Bayerische Staatsregierung sogar ab 1.9.2004 eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden beschlossen.

So haben wir heute die äußerst problematische Situation, dass in verschiedenen Landesdienststellen völlig unterschiedliche Arbeitszeiten eingebracht werden müssen und unterschiedliche Zuwendungen gezahlt werden, abhängig davon, ob man Beamter, Arbeiter oder Angestellter ist, abhängig davon, **wann** man eingestellt und abhängig davon, ob man befristet oder unbefristet beschäftigt ist.

Damit wird ein weiterer Konkurrenzkampf, Stress und eine massive Mobbingsituation unter den Beschäftigten erzeugt. Das wirkt sich aber auch auf ein schlechtes Betriebsklima aus, das

aufgrund schlechter Bezahlung, Arbeitsverdichtung und der Angst vor einem Arbeitsplatzverlust entstanden ist.

Abgesehen davon, dass durch die von den Ländern initiierte Lohnsenkung durch längere Arbeitszeit und ein abgesenktes Weihnachts- bzw. Urlaubsgeld die tagtäglich, Jahr für Jahr erbrachten Leistungen der Beschäftigten missachtet werden, sollen die Beschäftigten jetzt auch noch eine mehrjährige Nullrunde akzeptieren.

Wir müssen aber vor allen Dingen feststellen, dass sich die so schon unerträgliche Situation auf dem Arbeitsmarkt durch einen massiven Abbau von weiteren Länder-Arbeitsplätzen verschärfen wird indem in allen Landesdienststellen massiv Stellen abgebaut werden. Allein in Bayern gehen in den nächsten Jahren 20.000 Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverlängerung und die Verwaltungsreform verloren. So mußten wir allein hier in Augsburg Meldungen über Stellenabbau bei der Augsburger Staatsanwaltschaft, Forstverwaltung oder Polizei erfahren! 9.000 Stellen allein durch rechnerische Erhöhung der Arbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden. Gleichzeitig wird bei der aktuellen Verwaltungsreform Geld rausgeschmissen, indem z.B. Wasserwirtschaftsämter aufgelöst werden um an anderer Stelle wieder aufgebaut zu werden.

### **Was wollen eigentlich die Länder in der Zukunft?**

**Durch die aktuelle Föderalismusdebatte ausgelöst wollen sie regionale Gestaltungsmöglichkeiten. Das gesamte Besoldungs- und Versorgungsrecht soll in die Hoheit der Länder übertragen werden. Damit** wäre der Weg in die Kleinstaaterei wieder eröffnet. Und damit ist zu befürchten, das eine erneute Spirale des Sozialdumpings nach unten beginnt, die sich vor allen Dingen zu Lasten der Länderbeschäftigten auswirkt.

Allerdings mußten die Vertreter der Länder, allen voran unser MP Stoiber, der sich in den letzten Monaten sehr wortradikal gab, feststellen, dass Ihre Hoffnung dass Ihre Position Ihnen Wählerstimmen bringen, nicht aufgegangen ist. Auch die von dieser Sparpolitik Betroffenen sind Wähler, und Sie haben das gerade hier in Bayern unmissverständlich gezeigt!

Derzeit befinden sich die Beschäftigten bei den Ländern allerdings in einer problematischen Situation: **Bei den gekündigten Tarifpassagen befinden wir uns in der Nachwirkungsphase.** D.h. für die Altbeschäftigten wird sich vorerst nichts ändern. Auf jeden Fall dann nicht, wenn sie Mitglied in der tarifabschließenden Partei (Gewerkschaft) sind und keine Änderung des Arbeitsvertrages vorgenommen wird. Sollte aber eine Änderung des Arbeitsvertrages vorgenommen werden, besteht die Gefahr, dass gleichzeitig längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich festgeschrieben werden, so wie das bei Neueinstellung u. Befristungen eben schon der Fall ist, z.B. an der Uni.

D.h. die Arbeitgeber im Länderbereich können kurzfristig nur bedingt, aber langfristig durchaus Arbeitszeitverlängerungen durchsetzen, eine weiteres Auseinanderklaffen von Beschäftigten 1. Klasse und Beschäftigten 2. Klasse findet statt.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber nur solange die Beschäftigten sich das gefallen lassen!!**

**Mittlerweile wehren sich aber** die Beschäftigten im Bereich der **Länder! So wie Ihr das hier und heute in Augsb tut, im Bewusstsein, dass diese Woche allein in Bayern sich Beschäftigte in über 40 Dienststellen bei Arbeitsniederlegungen, Warnstreiks und Protestkundgebungen beteiligen, ob in München von verschiedenen Theatern bis zu Staatsanwaltschaft und Amtsgerichten, bis hin zu Straßen- und Autobahnmeistereien in Ober- u. Niederbayern, Mittelfranken und der Oberpfalz, die teilw. ganze Tage die Arbeit niedergelegt haben, um nur einige zu nennen.**

Ob im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, der Landesverwaltung und Landessozialverwaltung, der Landesfinanz- und Steuerverwaltung, Verkehrs- und

Straßenbauverwaltung oder im Bereich Justiz oder in anderen Bereichen wie z.B. Bühnen und Theater – überall wird es weitere unruhige Monate geben und immer wieder werden wir auf die verheerenden Auswirkungen der Politik der Länder hingewiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich fasse nochmals zusammen für was wir uns als Dienstleitungsgewerkschaft ver.di für den **Öffentlichen Dienst** einsetzen:

**Wir wollen vor allen Dingen keine Arbeitszeitverlängerung!**

**Weil das einen Abbau von über 9000 Arbeitsplätzen allein in Bayern bedeutet und das in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit.**

**Arbeitszeitverlängerung bringt uns keinen einzigen Arbeitsplatz, im Gegenteil vernichtet sie weitere Tausende!**

**Weil gerade in Zeiten der Arbeitsverdichtung die für den Erhalt der Arbeitskraft notwendige Freizeit geraubt wird und somit der Gesundheit geschadet wird**

**Weil sie eine indirekte Lohn-, Gehalts- und Besoldungskürzung von 9% darstellt, weil die Beschäftigten mehrere Stunden umsonst mehr arbeiten sollen!**

**Weil im Gegenteil sich Arbeitszeitabsenkung beschäftigungspolitisch bewährt hat. In Deutschland gibt es viele Beispiele dafür, wo faire Verteilung und Absenken der Arbeitszeiten betriebsbedingte Kündigungen verhindert haben, wie z.B. beim Land Berlin oder bei der Telecom.**

**Und wir wollen nicht zuletzt eine fortwährende Nullrunde bei den Ländern verhindern. Auch für die Beschäftigten der Länder besteht die Notwendigkeit, permanente Preissteigerung v.a. bei Benzin, Gas u. MwSt. einigermmaßen ausgleichen zu können!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen uns in dieser Auseinandersetzung aber auch für die Übernahme des neuen Tarifvertrag Öffentlicher Dienst ein, der die hoffnungslos veraltete Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten endlich beseitigt und auch eine Perspektive gerade für die jüngeren Kollegen bietet. Deswegen **fordern wir hier und heute die Tarifgemeinschaft deutscher Länder auf:**

**Wenden Sie den neuen Tarifvertrag Öffentlicher Dienst auch im Bereich der Länder an und stellen Sie damit die Einheit des Öffentlichen Dienstes wieder her! Wir werden jedenfalls an der hart erkämpften und teuer erkaufte bisherigen Arbeitzeit festhalten!**

**Beteiligen sie sich endlich wieder an einer konstruktiven Zusammenarbeit insbesondere bei der Neugestaltung des Tarifrechts im Öffentlichen Dienst. Lassen Sie die Pläne zu einer Regionalisierung des Tarif-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts im öffentlichen Dienst fallen!**

**Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes sind jedenfalls nicht mehr bereit, diese destruktive Politik über sich ergehen zu lassen. Wir werden uns hier und an anderen Orten wehren! Wir wollen, dass die Beschäftigten adäquat für Ihre Leistungen bezahlt werden, die sie Tag für Tag für die Bürgerinnen und Bürger erbringen. Und wir wollen menschenwürdige Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen auch im Öffentlichen Dienst.**

**Wir wollen vor allen Dingen nicht, dass das Rad der Sozialgeschichte wieder zurückgedreht wird, wie das offensichtlich solche Gestalten wie Herr Ackermann von der Deutschen Bank anstreben.**

**Diese Zeiten sind endgültig vorbei. Wir müssen dieses Spiel mit den Ängsten der Beschäftigten beenden. Und wir werden darum die richtige Antwort geben und handeln!**

Und wir werden den Spruch eines weltbekannten Augsburgers beherzigen: Wer kämpft, kann verlieren, aber wer nicht kämpft, hat schon verloren. (Bert Brecht) In diesem Sinn wünsche ich uns allen einen langen und hartnäckigen Atem.